

2018-08-29

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.05.2018

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:17 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Siehe Anwesenheit

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßt als Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses die Ausschussmitglieder und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass der Bürger im Auftrag der Deutschen Stimme als Presse anwesend ist. Dies wurde angemeldet und es wird daher Film- und Tonaufnahmen der öffentlichen Sitzung geben. Er sieht rechtlich keinen Hinderungsgrund, dass der Bürger als Presse anwesend ist, daher bittet er um das Einverständnis der Ausschussmitglieder.

Abstimmungsergebnis: 7/3/0

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen fragt, ob der Tagesordnungspunkt 11.5 – FV/007/2018/SPD – Ehrengrab Heinrich Deist im nichtöffentlichen Teil behandelt werden könnte, da die Rücksprachen zu den Ehrungen sonst auch im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke antwortet, dass dieses ehrenvolle Thema bereits durch die Gazetten in aller Form gegangen ist und sich nun lediglich geeinigt wird, in welcher Form die Ehrung erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt Herrn Weber grundsätzlich Recht, aber in diesem Fall ist es nicht so.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen denkt, dass Tatsachen vorgetragen werden könnten, die eventuell kritischer ausfallen und bei der Frage einer Ehrung vorab diskutiert werden sollten. Er beantragt, den Tagesordnungspunkt in den Nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verschieben.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 4/5/1

Herr Adamek, Fraktion CDU hat ebenfalls eine Frage zum Tagesordnungspunkt 11.5 – FV/007/2018/SPD – Ehrengrab Heinrich Deist. Im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport wurde die Vorlage zur Qualifizierung nicht beschlossen. In der Beschlussvorlage hat er nun keine Qualifizierung vorgefunden. Es ging hierbei um die Kosten und es stand auch nicht fest, ob die Kirchengemeinde das Ehrengrab freigibt.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD antwortet, dass in der Mitteldeutschen Zeitung bereits darüber berichtet wurde. Er informiert, dass Herr Heinrich Deist keine Verwandten hat, die sich um das Grab kümmern. Mit der Kirchengemeinde wurde bereits im Vorfeld gesprochen. Herr Eichelberg informiert, dass die jährlichen Kosten für verschiedene Bepflanzungen 249,00 € betragen. Wieviel die Pflege eines Ehrengrabes insgesamt kostet, kann lediglich die Verwaltung beantworten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke hält es für ein Problem, dass die digitale Übermittlung ohne Unterzeichnung erfolgt. Herr Semper, Fraktion Die Linke hatte die Vermutung, dass die Beschlussvorlage nicht unterzeichnet wurde.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD stellt richtig, dass die Vorlage form- und fristgerecht eingereicht und unterzeichnet wurde. Er ist nach der Stadtratssitzung am nächsten Tag früh in die Verwaltung gekommen, um die Vorlage zu unterzeichnen.

Herr Adamek, Fraktion CDU informiert, dass der Tagesordnungspunkt 11.3 – FV/001/2018/StR – Erklärung des Stadtrates Dessau-Roßlau zur Schließung des Bauhauses im Jahre 1932 in Dessau im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport zurückgezogen wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke entgegnet, dass die Einreicher das korrigiert haben, der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport hat diesbezüglich zweimal beraten. Dies ist nur eine Zwischenstation auf den Weg in den Stadtrat.

Herr Adamek, Fraktion CDU hat in der Sitzung Frau Stöbe, Fraktion Die Linke noch einmal befragt, ob die Beschlussvorlage zurückgezogen werden soll. Frau Stöbe hat dies bestätigt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke antwortet, dass Frau Stöbe seitens der Fraktion nicht berechtigt war, die Beschlussvorlage zurückzuziehen. Dies kann nur der Vorstand.

Nach der vorliegenden Tagesordnung wurde ohne Änderung verfahren.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2018, 06.03.2018 und 04.04.2018

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass aufgrund der personellen Engpässe im Büro des Stadtrates nun drei Niederschriften zu beschließen sind.

Die Niederschrift vom 14.02.2018 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

Die Niederschrift vom 06.03.2018 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

Die Niederschrift vom 04.04.2018 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 04.04.2018 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Unternehmensangelegenheiten
Kauf der pädiatrischen Praxis von Frau Dipl. Med. Beate Klotz aus 06406 Bernburg – BV/086/2018/II-20
- Unternehmensangelegenheiten
Kauf der Praxis der Frauenheilkunde von Frau Dr. Med. Petra Helmbold aus 06773 Gräfenhainichen – BV/087/2018/
- Unternehmensangelegenheiten
Geschäftsführung Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG) – BV/019/2018/II
- Unternehmensangelegenheiten
Geschäftsführung der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH Rodleben (IVG) – BV/020/2018/II
- Unternehmensangelegenheiten
Geschäftsführung der WBD Industriepark Dessau GmbH (WBD IPG) - BV/021/2018/II
- Unternehmensangelegenheiten
3. Nachtrag zum Geschäftsführervertrag der IVG mbH - BV/101/2018/I-OB

- Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2018 mit der Geschäftsführerin der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG) – BV/079/2018/II-20
- Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2018 mit dem Geschäftsführer der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG) – BV/080/2018/II-20
- Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2018 mit der Geschäftsführerin der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH (IVG) – BV/081/2018/II-20
- Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2018 mit den Geschäftsführern der MVZ SKD GmbH – BV/088/2018/II-20
- Grundstücksangelegenheit – Zustimmung zur Übernahme des Erbbaurechtes für das Objekt „Teehäuschen“ durch einen anderen Erbbaurechtsnehmer/Zustimmung zur Erteilung einer Belastungsvollmacht – BV/006/2018/IV-80

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Bürger 1 erläutert die Geschäftsordnung. Dort steht, dass auf Fragen innerhalb von 6 Wochen geantwortet wird. Er hat am 07.03.2018 schriftliche Fragen gestellt und am 13.02.2018 ebenfalls. Auf diese Schreiben gibt es keine Antwort. Am 24.04.2018 reklamierte er daraufhin das Fehlen der Antworten und machte auf den Verstoß der Geschäftsordnung aufmerksam. Es scheint als hätte die Geschäftsordnung für die Verwaltung keine Bedeutung. Er erwartet dazu eine Stellungnahme vom Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragt, ob der **Bürger 1** seine damaligen Fragestellungen wiederholen kann.

Bürger 1 legte dar, bezüglich der vorgeworfenen Beleidigung in einer Sitzung des Stadtrates sowie einer fehlerhaften Niederschrift nachgefragt zu haben. Die Eingangsbestätigungen hatte er von dem Büro des Stadtrates erhalten.

Herr Ehm sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Auf die Nachfrage des **Bürgers 1**, wann der nichtöffentliche Teil der Sitzung vorbei ist, merkt **Herr Oberbürgermeister Kuras** an, dies nicht beantworten zu können, da das vom Diskussionsbedarf abhängig ist.

Bürger 1 informiert, dass Jeder das Recht hat an den Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses teilzunehmen. Die Grundvoraussetzung dafür ist, dass der Bürger weiß, wann der öffentliche Teil der Sitzung anfängt. In der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 09.08.2017 ist entgegen der Geschäftsordnung der öffentliche Teil nach dem nichtöffentlichen Teil verlegt worden. Frau Hartung, Leiterin des Referates des Oberbürgermeisters teilte ihm mit, dass der öffentliche Teil gegen 18:30 Uhr stattfinden würde, was nicht der Fall war. In dieser Zeit waren schon 12 Beschlussvorlagen im öffentlichen Teil behandelt worden. Wenn ein Einwohner versucht hat, eine Einwohnerfrage zu stellen, musste dieser eine komplette Stunde warten, ohne dass er in den Raum kommen konnte. Heute kann ebenfalls keine Auskunft zu dem Beginn gegeben werden. Daher ist laut Geschäftsordnung der öffentliche Teil vor dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu legen. Er wüsste gerne, weshalb Jubiläen und Ehrungen und sonstige nichtöffentliche Anfragen und Informationen zwingend vor dem Ende des öffentlichen Teils behandelt werden müssen.

Herr Oberbürgermeister Kuras weist den Bürger darauf hin, dass hier freigewählte Stadträte tätig sind, die nicht genötigt werden können, Beschlüsse in einer bestimmten Zeit zu fassen. Dies ist rechtlichen nicht in Ordnung. Daher kann er den Vorwurf nicht verstehen. Weder er als Vorsitzender noch die Medien können hier einen zeitlichen Druck aufbauen.

11 Beschlussfassungen

11.1 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Geschäftsführers der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2017 Vorlage: BV/159/2018/II-20BTM

Die Beschlussvorlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9/0/1

11.2 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Verwaltungsrates der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2017 Vorlage: BV/160/2018/II-20BTM

Die Beschlussvorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6/0/0

11.3 Erklärung des Stadtrates Dessau-Roßlau zur Schließung des Bauhauses im Jahre 1932 in Dessau
Vorlage: FV/001/2018/StR

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt dem Einreicher das Wort.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke hält dies für ein ernstes Thema, welches auch sehr kontrovers diskutiert wurde. Eine Universität in Frankfurt hatte sich zu solch einem Thema auch auseinandergesetzt und eine Studie dazu geschrieben. Dies sind also internationale Prozesse im Zuge der Vergabung von politischen und moralischen Anordnungen in der Vergangenheit. Die Entschuldigung sollte so auch gewählt werden, um einen Eröffnungsprozess der Versöhnung herbeizuführen und für eine neues Miteinander zu werben. Durch einen Beschluss wäre dies ein deutliches Signal der Stadt Dessau-Roßlau zum Jubiläum 100 Jahre Bauhaus. Der Begriff der Entschuldigung kam gemeinsam von den Fraktionen Liberales Bürgerforum/Die Grünen, SPD und Linken. Es kam dann ein Beitrag aus der Fraktion CDU, die der Meinung waren, dass sie sich nicht entschuldigen können, da sie damals noch nicht gelebt hätten. Herr Schönemann würde der Fraktion der CDU gern die Studie aus Frankfurt zur Verfügung stellen. Jedoch kam dann die Diskussion zu dem Begriff des Bedauerns. Er würde sich gern über eine Begrifflichkeit einigen, da sonst das Symbol der Außenwirkung nicht sehr stark ist.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD kann dies als Miteinreicher der Beschlussvorlage nur unterstützen. Der Stadtrat möchte gemeinsam etwas erreichen und möchte dass die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis gesetzt wird. Er wirbt ebenfalls für eine gemeinsame Einigung der Demokraten.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen merkt an, dass ein Demokrat auch eine andere Meinung haben kann. Er fragt, wer der Adressat dieser Beschlussvorlage sein soll. Außerdem fragt er, wie der Antrag zur Schließung des Bauhauses 1932 lautete und wie er begründet wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke antwortet, der Adressat der Erklärung sind diejenigen, die dadurch Unrecht erfahren haben sowie die internationale Öffentlichkeit. Das Signal soll kommen, dass Dessau-Roßlau aus den Fehlern gelernt hat und nun einlädt, um die klassische Moderne fortzuführen.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen hat die Frage nur gestellt, da in der Ankündigung von einem Adressaten gesprochen wurde. Eine Entschuldigung geht an einen Adressaten, welcher die Schuld abnimmt. Denen dies widerfahren ist, existieren nicht mehr. Es ist nicht nur der Begriff, sondern auch eine gewisse Logik. Er hat nicht den Eindruck, dass es dazu noch eine Diskussion gibt. Es gibt zahlreiche Dokumentationen und Engagement gegenüber der Stiftung des Bauhauses, welche diesbezüglich gar keinen Zweifel aufkommen lassen. Ihm ist keine Anfrage bekannt, weshalb dies noch geklärt werden müsste.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke macht auf die Außenwahrnehmung des letzten Jahres aufmerksam. Dort gab es Auftritte von Personen, die einen zweifelhaften

Charakter haben und ein Stück weit auf diese Schließung abhoben. Dazu sollte sich die Stadt Dessau-Roßlau verständigen und positionieren.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau hält die Diskussion für nicht zielführend. Die Standpunkte sind bezüglich der Ursache, Wirkung und Zielrichtung verhärtet. Die Beschlussvorlage ist nun im Raum und wenn zu viel diskutiert wird, dann hat dies eine Außenwirkung die für die Stadt Dessau-Roßlau nicht gut ist. Er hatte im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport den Vorschlag geäußert, die Schließung des Bauhauses zu bedauern, denn sonst wäre die Entwicklung des Bauhauses weiterbegleitet worden und die Außenwirkung in die Welt wäre viel größer als sie jetzt ist. Es wurde auch das Wort „distanzieren“ eingebracht, aber er hält das „bedauern“ für besser. Er kann die Gründe zur Schließung nicht alle nachvollziehen, aber bedauern kann er die Schließung trotzdem.

Herr Oberbürgermeister Kuras denkt auch, dass es der Stadt Dessau-Roßlau gut stehen würde, wenn sich vor dem Jubiläum noch einmal dazu geäußert wird. Es gab eine Vielzahl an Gründen für die Schließung, aber im Endeffekt waren es die Nationalsozialisten. Dennoch kann sich eine Person lediglich für die eigenen Taten entschuldigen, sodass ein anderer Begriff eventuell zu einem Beschluss führen würde.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD findet eine Positionierung zu dem Thema gut. Er findet den Kompromiss ebenfalls gut und es wäre trotzdem ein Signal nach außen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke hat eine Bitte. Die Art des Zustandekommens ist ihm wichtig und daher möchte er die Änderungen in der Fraktion noch einmal diskutieren.

Herr Oberbürgermeister Kuras hält es für schwierig den Beschluss zu fassen, wenn der Einreicher, die Änderungen nicht ohne die Rücksprache zustimmen kann.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen hätte ein Positivbekenntnis begrüßt. Wenn im letzten Jahr eine negative Mitteilung gekommen ist, dann wäre ein Positivbekenntnis anlässlich des Bauhausjubiläums hilfreich gewesen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke wollte nicht den historischen Aspekt verlieren.

Herr Oberbürgermeister Kuras verweist auf die Umsetzung des Masterplanes Bauhausstadt Dessau, welcher die historischen Schäden ausgleichen will und ein Zeichen der Offenheit, Innovation und Pluralität setzen möchte.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau würde es bedauern, wenn der Beschluss nur mit einer knappen Mehrheit erreicht werden würde. Das würde die Außenwirkung total verfehlen. Er würde gern folgenden Zusatz aufnehmen: „Wir würden es begrüßen, wenn das Land Sachsen-Anhalt die universitäre Ausbildung an das Bauhaus zurückbringen würde.“ Das wäre eine Aufwertung der Beschlussvorlage.

Herr Adamek, Fraktion CDU distanziert sich von der aktuellen Beschlussvorlage, da nach 3 vergangenen Sitzungen, keine Änderungsvorschläge aufgenommen wurden. Er wird sich der Beschlussvorlage enthalten, da auf einen Änderungsvorschlag ge-

hofft wird. Wenn bis zu dem 11.06.2018 kein Änderungsvorschlag eingegangen ist, kann er der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke steht nach wie vor zu der eingebrachten Beschlussvorlage. Eine Entschuldigung bei einer Person, einem Kollektiv oder einem Gremium hat eine bessere Wirkung, als ein Bedauern oder eine Distanzierung.

Herr Adamek, Fraktion CDU antwortet, dass er sich rein rhetorisch nicht dafür entschuldigen kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras hält dies für Wortklauberei. Es ist eine öffentliche Beschlussvorlage und eine wichtige Botschaft, die nicht zerredet werden darf. Er appelliert an die Stadträte, sich über eine Formulierung zu einigen. Der Schaden ist sonst größer, als die gute Absicht dahinter.

Herr Hernig, Freie Fraktion hat diesbezüglich eine andere Ansicht. Wenn die Einwohner bei Ihrer Beschlussvorlage bleiben möchten, enthält er sich.

Herr Oberbürgermeister Kuras kommt auf das Argument von Herrn Otto zurück. Es sollte eine Einigung gefunden werden, da sonst das Zeichen nach außen verheerend ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke informiert, dass die Beschlussvorlage von 3 Fraktionen eingebracht wurde. Die Mehrheit sollte sich dazu positionieren, denn über all die Jahre sollte sich nicht über eine Formulierung gestritten werden.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD möchte das Wort von Herrn Oberbürgermeister Kuras aufgreifen. Sollte keine Einigung gefunden werden, möchte er am morgigen Tag nicht die Zeitung aufschlagen. Dann braucht man nicht mehr über die Formulierung diskutieren, da es dann zu spät ist. Wenn die Beschlussvorlage heute beschlossen werden soll, muss ein Änderungsantrag eingebracht werden.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD beantragt eine Änderung der Beschlussvorlage. Das Wort „Entschuldigung“ soll durch das Wort „Bedauern“ ersetzt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke würde gern das Redaktionsteam mit einbeziehen.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD weist daraufhin, dass bereits über 30 Minuten diskutiert wurde und nun eine Formulierung gefunden werden muss, mit der alle zufrieden sind. Der Haupt- und Personalausschuss kann ein Signal geben und dann kann mit den Fraktionen gesprochen werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau sagt, dass die Entscheidung der Gemeinderatsitzung bedauert wird. Er würde es begrüßen, wenn der Zusatz mit aufgenommen wird, dass die Einrichtung mit Unterstützung des Landes Sachsen-Anhalt wieder eine universitäre Wertung kriegt.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD fragt, ob dies nun die Erweiterung des Änderungsantrages ist.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau bedauert es wirklich, dass diese Beschlussvorlage seit Monaten vor sich hingeschoben wird, ohne dass die Einreicher die Hinweise eingearbeitet haben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke verweist auf die Niederschrift des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport. Dort steht, dass der Einreicher auf entsprechende Änderungsanträge wartet. Dies ist keine faire Zusammenarbeit, da die Einreicher etwas anbieten und nun ein universitärer Beitrag angedockt werden soll. Diese Mitteilung müsste zur Komplettierung in den Masterplan Bauhausstadt Dessau aufgenommen werden. Es sollte bei dieser Beschlussvorlage kein Nebenschauplatz errichtet werden. Es ist nicht die Schuld des Landes Sachsen-Anhalt, dass es in Dessau-Roßlau keine solche Einrichtung gibt.

Herr Oberbürgermeister Kuras liest den Änderungsantrag vor: „Der Stadtrat von Dessau-Roßlau bedauert die Entscheidung in der Gemeinderatssitzung der Stadt Dessau am 22.08.1932, den Lehrbetrieb per 01.10.1932 einzustellen, alle Lehrkräfte des Bauhauses zu entlassen und somit praktisch das Bauhaus in Dessau zu schließen.“

Herr Eichelberg, Fraktion SPD unterstützt diesen Antrag. Der Zusatz ist auch erwünscht, aber passt in der Beschlussvorlage nicht wirklich hinein.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke merkt an, dass dies in den Fraktionen besprochen werden muss.

Herr Oberbürgermeister Kuras macht deutlich, dass die Beschlussvorlage, wenn die Fraktion Die Linke nicht zustimmt, in der Sitzung des Stadtrates am 13.06.2018 in Gefahr wäre. Es wird niemand gezwungen, dies am 13.06.2018 zu beschließen, aber die Debatte ist nun in der Öffentlichkeit.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke möchte die Beschlussvorlage am 13.06.2018 abschließen. Es hängt von der Kommunikation zwischen den Terminen ab, aber er wird sich im Interesse eines Mehrheitsbeschlusses dafür einsetzen.

Herr Oberbürgermeister Kuras hat den Beschlussvorschlag bereits vorgelesen. Der Zusatz von Herrn Otto wird nicht mit aufgenommen. Er gibt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5/0/0

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage ebenfalls abgestimmt werden muss.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD merkt an, dass die Einreicher noch einmal Rücksprache halten müssen und dies im Stadtrat dann endgültig entschieden wird. Es geht lediglich um die Formulierung.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragt, ob der ursprüngliche Antrag nun noch einmal abgestimmt werden soll.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke merkt an, dass der Einreicher dies nicht verlangt und der Kompromiss dann im Stadtrat am 13.06.2018 gefunden wird.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau möchte dies im Stadtrat am 13.06.2018 nicht unter Zwang beschließen. Im Notfall muss dies nach der Sommerpause besprochen werden. Er hatte von Seiten der CDU das Signal, dass sie sich den Zusatz von ihm ebenfalls vorstellen könnten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke bleibt bei dem Kompromissvorschlag. Es gibt eine Tendenz zu einer deutlichen Mehrheit und dies wurde auch begründet. Er braucht aus dem demokratischen Grundverständnis eine Rückkopplung seiner Fraktion.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau merkt an, dass der Einreicher genügend Zeit zur Diskussion hatte.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke versteht nicht, weshalb der Einreicher darüber erneut diskutieren sollte. Die anderen Fraktionen könnten ebenso Änderungsanträge einbringen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau antwortet, dass die anderen Fraktionen ihre Bedenken signalisiert haben.

Herr Oberbürgermeister Kuras macht auf den soeben getroffenen Beschluss aufmerksam und schließt den Tagesordnungspunkt.

11.4 Einführung einer Ehrenamtskarte in Dessau-Roßlau Vorlage: FV/006/2018/CDU

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass die Bitte zur Prüfung an die Verwaltung herangetragen wurde. Die Verwaltung hat dies auch geprüft und festgestellt, dass mehrere Städte eine solche Ehrenamtskarte haben. Es wurde die Einschätzung gegeben, dass dies wie in der Beschlussvorlage beschrieben, funktionieren würde. Es wird dafür eine Teilstelle benötigt, welche die Anträge überprüft. Die Stadtmarketinggesellschaft würde für diese Ehrenamtskarte werben und mit den Geschäftspartnern bezüglich der Angebote im Gespräch bleiben. Ein Vorschlag wäre, diese Teilstelle im Bereich des Oberbürgermeisters anzusiedeln, falls keine bessere Lösung gefunden wird. Er informiert auch über andere Möglichkeiten zur Würdigung des Ehrenamtes. Es gibt beispielsweise Ehrenamtskonferenzen oder wie damals in Roßlau die Ehrennadeln, welche zum Neujahrsempfang vergeben wurden. Es werden momentan schon Veranstaltungen für das Ehrenamt durchgeführt. Er hat lediglich die Sorge, dass es dann zu geldwerten Vorteilen kommt und dies dann kein Ehrenamt mehr wäre.

Herr Adamek, Fraktion CDU merkt an, dass ein geldwerter Vorteil nicht vorliegt und dies juristisch geprüft worden ist. Die Verwaltung muss lediglich den Antrag prüfen, ob es diese Einrichtung gibt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf diese Karte und da es eine privatwirtschaftliche Entscheidung des Unternehmers ist, ist es rechtlich aus-

schließlich relevant, wenn er das Produkt unter seinem Einkaufspreis abgibt. Die Stadt Rostock hat ebenfalls eine kommunale Ehrenamtskarte. Die Arbeitszeit lag dort mit 210.000 Einwohnern und 5.500 Ehrenamtlichen die diese Karte haben, in den ersten Tagen der Einführung relativ hoch und ist jetzt haushälterisch berechnet mit 20 Minuten pro Arbeitstag. Die Verwaltung muss dort auch lediglich die Prüfung im Vereinsregister vornehmen. Die Bestätigung für die Ausführung des Ehrenamtes liegt bei dem Verein. Die Fraktion der CDU würde die Definition der Stundenleistung von 5 Std./Woche und 250Std./Jahr auf 4 Std./Woche und 200 Std./Jahr senken. Dies betrifft vor allem Pensionäre in gemeinnützigen Vereinen und Nachhilfelehrer, welche auch mit einbezogen werden sollten. Im Vergleich dazu gibt die Stadt Halle lediglich 500 Flyer pro Jahr mit 20 Kulturveranstaltungen heraus, wovon sich derjenige eine aussuchen kann, die er kostenlos besuchen darf. Aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales kam der Vorschlag, dass der Verein 2-3 Ehrenamtliche benennen darf. Dies hält er für falsch, da sonst innerhalb der Vereinigung Kritik untereinander herrscht. Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur hatte bereits signalisiert, dass sich die Kultureinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau beteiligen werden. Der öffentliche Personen- und Nahverkehr wurde ebenfalls gebeten sich zu beteiligen. Dies sind lediglich Vergünstigungen, wie es der Dessau-Roßlauer Handballverein bereits macht. Die Stadtmarketinggesellschaft hatte sich im Vorgespräch bereit erklärt, einen Aufkleber für die Geschäftspartner zu entwerfen. Die Ehrenamtskarte wird mit einer laufenden Nummer versehen und die Preise für die Karte sind realistisch. Auf dem Antragsformular sollte es ein Häkchen geben, bezüglich der Verarbeitung der Daten, sodass diese statistisch analysiert werden können. Die Wohlfahrtsverbände hatten diesen Wunsch geäußert, da sich daraus ein Netzwerk entwickeln soll. Das Datum zum 01.01.2019 steht und ist auch realisierbar.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke hat sich mit dem Thema beschäftigt und die Ehrenamtskarte ist eine Empfehlung aus mehreren Kommunen aus verschiedenen Bundesländern. Die Beschlussvorlage allein sagt wenig aus, wie dies gehandhabt werden kann. Dies wurde nun mit Beispielen erklärt. Die Beschlussvorlage sollte weiter qualifiziert werden und die Idee zur Schaffung eines Netzwerkes zur Ehrung des Ehrenamtes ist in Ordnung.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, das Sachsen eine landeseinheitliche Regelung hat. Ihm ist aber nicht bekannt, ob Sachsen-Anhalt dies vorhat.

Herr Adamek, Fraktion CDU informiert, dass Sachsen-Anhalt regelmäßig im kleinen Kreis das Ehrenamt ehrt. Jedoch sind andere Bundesländer wie Bayern oder Niedersachsen mit Bremen die Vorreiter. Bei der Beschlussvorlage wurde sich hauptsächlich an Berlin-Brandenburg orientiert. Das sah recht schlüssig aus und auch vom Konzept her einfach umsetzbar.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass der Einreicher den Antrag nun geändert hat auf 200Std./Jahr oder 4 Std./Woche. Die Verwaltung wird dann gegebenenfalls im Herbst 2018 eine Informationsvorlage einbringen zur Umsetzung. Dies muss mit den kommunalen Unternehmen abgestimmt werden.

Herr Pätzold, Fraktion die Linke macht auf Herrn Adameks Aussage im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus aufmerksam. Die Beschlussvorlage muss qualifiziert werden, weil der Inhaber wissen möchte, welche Vergünstigungen

er erhält. Dort hat Herr Adamek ihm versprochen, bis zur Stadtratssitzung die Beschlussvorlage weiter zu qualifizieren.

Herr Adamek, Fraktion CDU hat Folgendes gesagt. Solange kein Beschluss gefasst ist, kann kein Partnervertrag zwischen A und B geschlossen werden, denn es wäre dann nicht rechtswirksam. Erst nach dem Beschluss am 13.06.2018 kann sich der Geschäftspartner auf den Beschluss beziehen. Auch Herr Dr. Reck kann erst nach dem Stadtratsbeschluss handeln. Für die Ehrenamtlichen werden die Vergünstigungen am 01.01.2019 bekannt sein.

Herr Rumpf, Fraktion CDU merkt an, dass erst der Beschluss gefasst werden muss, bevor mit den Firmen gesprochen werden kann. Jede Firma kann dann für sich entscheiden, welche Vergünstigungen sie anbietet.

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8/0/2

11.5 Ehrengrab Heinrich Deist Vorlage: FV/007/2018/SPD

Herr Eichelberg, Fraktion SPD informiert zur vorliegenden Beschlussvorlage, zu der am Ende des vergangenen Jahres im Haupt- und Personalausschuss bereits berichtet wurde. Von den Fraktionen kamen die Signale, dass er einen Vorschlag einbringen soll. Der Entwurf wurde im Februar 2018 an alle Fraktionen, mit der Bitte um Stellungnahme, verschickt. Die Rückmeldungen waren sehr gering. Im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport kamen dann die ersten Fragen, die er bereits versucht hatte zu beantworten. Die Kosten der Pflege eines Ehrengrabes kann lediglich die Verwaltung ermitteln. Die derzeitige Pflege beinhaltet die Grundpflege, die Frühjahr- und Sommerbepflanzung sowie ein Gesteck zum Totensonntag und beträgt pro Jahr 249,46 €. Es ist vorgesehen, am 19.06.2018 in einem würdigen Rahmen eine Gedenkveranstaltung mit der Kirchengemeinde durchzuführen. Falls die Beschlussvorlage beschlossen wird, wäre es schön, wenn die Stadträte sowie der Oberbürgermeister ebenfalls anwesend wären. Dazu gab es sogar eine Auszeichnung, da die Pflege vorher privat übernommen wurde. Herr Eichelberg erklärte, dass Herr Heinrich Deist ab 1905 in Dessau im Stadtrat und stellvertretender Stadtratspräsident tätig war. Er war von 1919 bis 1932 Ministerpräsident und hat nach 1945 nochmal als Präsident den Verwaltungsbezirk Anhalt übernommen. Außerdem war er federführend daran beteiligt, dass das Bauhaus in der Stadt Dessau entstanden ist und die Schlösser in Stiftungen überführt worden.

Herr Oberbürgermeister Kuras kennt keine Richtlinien zur Pflege eines Ehrengrabes. Die Kosten liegen somit im Ermessen der Stadt. Es besteht nun die Frage, ob sich die Stadtpflege oder andere Stellen dazu geäußert haben.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen merkt an, dass sich das Grab auf einem kirchlichen Friedhof befindet und die Stadtpflege nur für die städtischen Flächen zuständig ist. Die praktischere Lösung wäre eine externe Beauftragung.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen informiert, dass Herr Heinrich Deist bereits mit der Heinrich-Deist-Straße besonders geehrt worden ist. Die Aufgaben die ihm übertragen wurden hat er in seiner Funktion erfüllt. Eine in seiner Person befindliche und über das allgemeine Maß hinausgehende Tätigkeit, für die Stadt Dessau, erkennt Herr Weber dort nicht. Es sollte bei den Ehrungen immer beachtet werden, dass diese nicht inflationär sein dürfen und ob die Tätigkeiten über die dienstlichen Aufgaben hinausgehen. Er ist außerdem kein ausgesprochenes Opfer der Nationalsozialisten geworden, welches ein Grund für das zeitweilige Ausscheiden gewesen wäre.

Herr Oberbürgermeister Kuras wirft ein, dass er sofort von den Nationalsozialisten abgelöst wurde.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen merkt an, dass eine besondere Form der Ehrung der Person in Form des Straßennamens erfolgt ist.

Es wäre eine angemessene Ehrung der Stadt Dessau-Roßlau, erwidert **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD wollte den Rahmen nicht sprengen, kann aber auf Wunsch von Herrn Weber auch weitere Informationen nachliefern. Es gibt umfangreiches Material sowie Bücher über Herrn Heinrich Deist. Dies ist nicht in der Beschlussvorlage enthalten, geht aber weit über seine dienstlichen Aufgaben hinaus.

Die Beschlussvorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9/0/1

11.6 Wahl des/der Beigeordneten für Finanzen Vorlage: BV/082/2018/I-OB

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, dass dazu bereits im nichtöffentlichen Teil diskutiert wurde. Die Formulierung der Beschlussvorlage muss geändert werden. Herr Oberbürgermeister Kuras schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Stadtrat auf eine Stellenausschreibung der Beigeordneten für Finanzen im Einvernehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten verzichtet. Die Beigeordnete Frau Sabrina Nußbeck wird sich für eine Wiederwahl im Stadtrat stellen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke schlägt vor, die Beschlussvorlage zurückzuziehen und eine neue zu erstellen.

Herr Rumpf, Fraktion CDU und **Herr Oberbürgermeister Kuras** sind der Meinung, dass der Haupt- und Personalausschuss ein Signal an den Stadtrat geben sollte und einer geänderten Beschlussvorlage zustimmen sollte.

Herr Oberbürgermeister Kuras liest den geänderten Beschlussvorschlag vor: „Der Stadtrat beschließt auf eine Ausschreibung der Stelle der Beigeordneten für Finan-

zen im Einvernehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten zu verzichten. Frau Beigeordnete Sabrina Nußbeck wird sich im Stadtrat zur Wiederwahl stellen.“

Die geänderte Beschlussvorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9/1/0

**11.7 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/137/2018/I-OB**

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen informiert zur momentanen Regelung der Beschlussvorlagen bezüglich der Spenden. Aufgrund der Datenschutzgrundverordnung werden zukünftig die Spenderlisten gesperrt, da diese personenbezogene Daten beinhalten. Parallel dazu wurde an die Landesbeauftragte für Datenschutz diesbezüglich eine Anfrage gestellt, da sich das Kommunalverfassungsgesetz mit der Datenschutzgrundverordnung widerspricht.

Herr Oberbürgermeister Kuras greift den Grundgedanken der Spenderlisten auf. Die Beschlussvorlagen mit den dazugehörigen Spenderlisten werden eigentlich erstellt, um Transparenz herzustellen.

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

**11.8 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen von EUR 1.000,00 bis 50.000,00 für den Zeitraum 31.03.2018 bis 30.04.2018
Vorlage: BV/139/2018/II-EB**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

**11.9 Spenden und Zuwendungen 01.10.-31.12.2017
Vorlage: BV/060/2018/V-SKD**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

11.10 Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwandes / Auszahlung für den Zuschuss an das Anhaltische Theater Dessau in Höhe von 151.600 EUR
Vorlage: BV/169/2018/II-20

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass das Landesverwaltungsamt den Wirtschaftsplan des Anhaltischen Theaters beanstandet. Die Beanstandung traf auf ein Unverständnis, da eine Auflage ausreichend gewesen wäre. Nun wurde eine Umverteilung nach der Eigenbetriebsverordnung vorgenommen.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen führt fort, dass das Unternehmen normalerweise einen Verlustvortrag erst nach 5 Jahren ausgleichen muss. Jedoch hat das Anhaltische Theater kein Eigenkapital mehr und daher kam diese Beanstandung. Das Defizit wird nun durch Einnahmen der Gewerbesteuer ausgeglichen. Außerdem wurde der Hinweis aus der Verfügung des Landesverwaltungsamtes aufgenommen und die Raumbühne wird nun ebenfalls mit ausgeglichen. Daher gibt es nun insgesamt 3 Beschlussvorlagen für den Ausgleich.

Herr Oberbürgermeister Kuras macht auf den dadurch entstandenen Aufwand aufmerksam, welcher danach abgeschlossen ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke fragt, ob dies ein Signal für zukünftige Verhandlungen seitens des Landesverwaltungsamtes ist.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen glaubt nicht an eine bewusste Botschaft durch den Mitarbeiter.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, dass der Mitarbeiter die Politik nicht im Auge hat.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen verweist auf die bewusste Botschaft der Stadt Dessau-Roßlau, da das Anhaltische Theater kein Eigenkapital mehr aufweisen kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt dies. Die Ersparnisse und Rücklagen sind nun aufgezehrt.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur ergänzt, dass die Folgejahre ausgeglichen geplant wurden. Diese wurden auch ohne Eigenkapital geplant und daher kamen vermutlich die Beanstandungen bezüglich der 150.000 €.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin für Finanzen konnte der Mitteldeutschen Zeitung entnehmen, dass sich das Land Sachsen-Anhalt vor der Sommerpause zur Finanzierung des Theaters äußern wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Finanzminister und dem Kulturstaatssekretär geführt wurden. Er sorgt sich um die Mitteilung der Mitteldeutschen Zeitung zur Stadt Halle. Wenn mit den Finanzen so umgegangen wird, wie in der Stadt Halle, wäre er nicht amüsiert gewesen.

Dann schreibt die Mitteldeutsche Zeitung, dass das Land Sachsen-Anhalt das Problem in Halle lösen muss.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

**11.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Zuschuss an das ATD
Vorlage: BV/170/2018/II-20**

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, dass die Beschlussvorlage im Zusammenhang mit der soeben beschlossenen Beschlussvorlage steht.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen informiert, dass es sich um die Raumbühne handelt.

Herr Dr. Reck bedankt sich bei den Stadträten. Da der Bund mit 250.000 € eingestiegen ist, hat sich das Land mit 180.000 € ebenfalls beteiligt.

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

**11.12 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss 2018
Vorlage: BV/126/2018/II-30**

Herr Oberbürgermeister informiert zu den klaren Regelungen der Gesetze der Justiz.

Herr Westhagemann, Amtsleiter des Rechtsamtes führt fort, dass die Schöffensliste dem Stadtrat vorgelegt und bestätigt werden muss. Dann wird eine Auswahl getroffen und diese wird gemeinsam mit der Justiz dann ausgewählt.

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

**11.13 2. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15-2018/19
Vorlage: BV/097/2018/V-40**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

11.14 Neufestsetzung der Angemessenheitsgrenzen zu § 22 SGB II und § 35 SGB XII - Kosten der Unterkunft und Heizung
Vorlage: BV/148/2018/V-50

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert zur Beteiligung der Kommune bei den Kosten der Unterkunft. Die Angemessenheitsgrenze muss nach einer gewissen Zeit neu festgesetzt werden und dafür wird ein Gutachten eingeholt.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung merkt an, dass die Beschlussvorlage im Ausschuss für Gesundheit und Soziales geändert beschlossen wurde. Es ist ein Übertragungsfehler in der Anlage 3 aufgetreten und diese muss ausgetauscht werden. Er reicht die geänderte Anlage 3 den Stadträten aus.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke bittet um das Votum des Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung informiert, dass das Abstimmungsergebnis einstimmig war (9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen).

Die Beschlussvorlage wurde geändert und einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

12 Öffentliche Anfragen und Informationen

12.1 Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum 16. Juni 2017 bis 10. Mai 2018
Vorlage: IV/020/2018/II

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12.2 Einführung der Beschlusskontrolle im Ratsinformationssystem Session
Vorlage: BV/109/2018/II

Herr Oberbürgermeister Kuras erinnert an den Wunsch eines Stadtrates, eine Rückmeldung zu den realisierten und nicht realisierten Beschlussvorlagen zu erhalten. Daraus folgt nun die Konsequenz der Beschlusskontrolle, um dies statistisch schneller aufzugreifen.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen informiert, dass es im Ratsinformationssystem diesen Baustein schon gab. Frau Ziemba, Referentin der Beigeordneten für Finanzen, führt dazu Schulungen durch und am Ende wird es eine Verfügung des Oberbürgermeisters dazu geben. Außerdem soll daraus eine jährliche Berichterstattung folgen. Die Mehrheit der Beschlüsse ist nach der Beschlussfassung erledigt,

aber bei Maßnahmebeschlüssen dauert die Umsetzung teilweise sehr lange und dafür wird dieses Berichtswesen entwickelt. Den Beschluss des Stadtrates gibt es bereits, daher muss diese Beschlussvorlage nicht beschlossen werden.

12.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke macht auf den Beschluss zur Haltestelle „Brücke des Friedens“ aufmerksam. Dort wurde beschlossen, die Brücke mit einem adäquaten Schild zur Stadteinfahrt und Stadtausfahrt zu kennzeichnen. Er fragt, wann dies realisiert wird.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau hat vor 1,5 Jahren bei einer Deichschau zu den Schildern der Hochwassermarken gefragt. Er hat im Fernsehen gesehen, dass selbst kleinere Orte die Hochwassermarkierung von 2013 haben. Der Landesbetrieb informierte ihn, dass die Stadtverwaltung dafür zuständig ist.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen informiert, dass an einer Eiche in Milensee die Hochwassermarkierungen von 2013 und 2002 sind.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau informiert, dass am Obelisk in Ziebigk keine Hochwassermarkierung von 2013 ist.

Außerdem hat **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau** der Zeitung entnommen, dass die Flächen des Obstmustergartens wieder zum Verkauf stehen und das Herr Sauer, Pressesprecher die Aussage getroffen hat, dass die Stadt Dessau-Roßlau keine Antwort bezüglich einer Zuordnung erhalten hat. Dies hält er für nicht ausreichend, wenn die Stadt Dessau-Roßlau keine Antwort erhält, muss erneut nachgefragt werden. Er kann nicht nachvollziehen, weshalb diese Antwort an die Öffentlichkeit gegeben wird. Es handelt sich um eine innerstädtische Fläche, welche nicht einfach einem Investor überlassen werden kann. Mit dem Land Sachsen-Anhalt können bessere Konditionen ausgehandelt werden, als mit einem privaten Investor. Er appelliert, dass das Gebiet gesichert wird, um für die Zukunft über die Entwicklung entscheiden zu können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke hat sich mit Herrn Joachim Ullrich diesbezüglich unterhalten. Er informiert, dass die Kooperation mit dem Stadtverband nicht die beste darstellt. Wenn die Stadt rein planerisch keine Ambitionen zulässt, dann ist die Gefahr dessen, was dort kolportiert wird, nicht gegeben.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau antwortet, dass die Kleingärten dort vielleicht nicht mehr gebraucht werden und dann gäbe es dort eine Entwicklungsmöglichkeit. Die Stadt Dessau-Roßlau wäre dann der „Herr“ des Verfahrens und dort würde er nichts anderes zulassen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke verweist auf einen vorhandenen Plan, welcher dort angesiedelt ist. Dennoch ist der Preis zu hoch im Moment.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, wenn das Land Sachsen-Anhalt diese Fläche loswerden möchte, darf sie keine hohen Preise verlangen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke hält den Schutz der Kleingärtner für wichtig, daher sollte die Fläche spekulativ nicht geplant werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau versteht daher die Aussage von Herrn Sauer nicht.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, dass sich um dieses Thema gekümmert wurde, aber es noch nicht erledigt ist.

Herr Adamek, Fraktion CDU hat es gefreut, in der Presse das Projekt Muldterrassen zu sehen, da es etwa ein halbes Jahr mit begleitet wurde. Er fragt, wie die Verwaltung dies weiter verfolgen möchte.

Herr Oberbürgermeister Kuras hatte mit Frau Franz und auch Anderen gesprochen. Er würde es als zielführend empfinden, wenn eine Art Plattform geschaffen wird, bei der alle möglichen Vorschläge und Ideen eingebracht werden können. Er hat viel Positives und Negatives über die vorhandenen Vorschläge gehört. Es gibt Architekten in der Stadt Dessau-Roßlau denen allein das historisieren nicht ausreichen würde. Fraglich ist auch, ob das alte Schloss wieder aufgebaut werden soll. Der Johannbau ist der schönste Flügel und wenn dieser durch die Umbaumaßnahmen von einigen Richtungen aus nicht mehr sichtbar wäre, wäre dies sehr schade. Trotzdem begrüßt er die entstehende Diskussion zu den Flächen, welche ihm sehr am Herzen liegen. Die Attraktivität der Innenstadt muss dringend erhöht werden. Es gibt in der Innenstadt viele Neubaublöcke die wir auch zur Aufnahme von Flüchtlingen brauchen, aber irgendwann braucht die Innenstadt ein Gesamtkonzept. Er neigt dazu einen öffentlichen Aufruf zu machen, bei dem alle Interessenten zusammenkommen.

Herr Adamek, Fraktion CDU fragt, ob in diesem Jahr noch gehandelt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt dies.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt ergänzt, dass im Zusammenhang mit der Landesgartenschau auch Mittel für einen Prozess zum Muldufer beantragt wurden. Sobald die Mittel dazu eingegangen sind, wird dieser Prozess angefangen.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragt Frau Schlonski, ob die Planung einer Innenstadt gefördert wird.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt antwortet, dass die Planung keine Pflichtaufgabe der Kommune ist. Außerdem wurden im Zusammenhang mit der Landesgartenschau diese Mittel beantragt. Um diesen Planungsprozess zu betreiben, benötigt die Stadt Dessau-Roßlau die Mittel über die Städtebauförderung.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragt, ob die Mittel für externe Planungsbüros genutzt werden.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt antwortet, dass die Mittel für eine solche Werkstatt mit externen Begleitern sowie eigenen Mitarbeitern genutzt werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras möchte sich nicht bei wichtigen Planungsprozessen in die Abhängigkeit des Landes Sachsen-Anhalt begeben. Die Planung muss fortgeführt werden und wenn keine Mittel folgen, dann muss im eigenen Haushalt veranschlagt werden.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen möchte ergänzen, dass mehrheitlich für die LAGA-Projekte gestimmt wurde. Dort ist eine Planung vorhanden und er ist inzwischen der Meinung, dass jeder Winkel dieser Stadt mindestens zweimal geplant wurde. Jedoch mangelt es an der Umsetzung dieser Planungen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke hält die Qualität der Pläne für entscheidend.

Herr Oberbürgermeister Kuras macht darauf aufmerksam, dass nicht das komplette Areal geplant wurde.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen widerspricht der Aussage, da es im Zusammenhang mit der Landgartenschau ebenfalls Pläne dafür gab.

Herr Oberbürgermeister Kuras möchte für die Zerbster Straße ebenfalls ein Nutzungskonzept.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD informiert zur Arbeitsgruppe Hauptsatzung, zu der die Fraktionsvorsitzenden und die Verwaltungsspitze vertreten waren. Mit der Entwicklung der Innenstadt kam ein guter Vorschlag. Er würde gern einen Tagesordnungspunkt im nächsten Haupt- und Personalausschuss am 27.06.2018 aufnehmen, zu dem die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft eingeladen wird. Es sollte dabei über die Innenstadt und den Investitionsvorhaben gesprochen werden. Außerdem sollte die Aufsichtsratsvorsitzende der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft in der Aufsichtsratssitzung erneut das Thema Friedhofstraße aufnehmen. Es sollte diskutiert werden, ob es nicht besser wäre dort Mittel zu beantragen, anstatt abzureißen. Alle Fraktionsvorsitzenden waren sich einig, dass in dem Haupt- und Personalausschuss dies noch einmal thematisiert werden soll. Außerdem soll in Erfahrung gebracht werden, welche Ziele mit dem Tochterunternehmen Dessauer Wohnungsbaugesellschaft erreicht werden sollen.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen antwortet, dass die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft bereits ein Konzept hat, welches in der nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 27.06.2018 vorgestellt werden kann. Dort kann zu den Vorstellungen, den geplanten Rückbau, den Aufwertungen und Sanierungen informiert werden.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD ergänzt, dass dort nicht nur der Haupt- und Personalausschuss fungiert, sondern auch der Gesellschafter, welcher das oberste Organ einer GmbH ist. Der Gesellschafter hat die Entscheidungsbefugnis und niemand anderes.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke merkt an, dass das Unternehmenskonzept wieder aufgegriffen und auf die zeitgemäße Anpassung überprüft wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras fand die gemeinsame Sitzung zwischen dem Haupt- und Personalausschuss und dem Aufsichtsrat der DWG sehr konstruktiv. Dennoch ist das Problem auch nach der Darstellung der Wirtschaftsprüfer, nicht gelöst.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen hat eine Anmerkung dazu, da er 15 Jahre in dem Aufsichtsrat der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft war. Er bittet darum, die Gesellschaften von Herrn Tschammer und Herrn Lautenschläger im Stadtumbau mit einzubeziehen, denn bei der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft wurde nicht immer das eigene Wohl bedacht.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkt an, dass sich die Gesellschaften ebenfalls beteiligen in den Umlegungsverfahren. Es sollten bestimmte Dinge auf den Prüfstand gestellt werden.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD gibt Herrn Weber Recht. Dennoch ist die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft die Gesellschaft der Stadt Dessau-Roßlau und dort sollte zuerst angefangen werden. Im Nachhinein können sich die anderen Gesellschaften mit einbringen.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen führt aus, dass die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mächtig in die Ecke gedrängt wurde über viele Jahre, da die Hauptlast tragen musste.

Herr Oberbürgermeister Kuras unterstützt die Anfrage und hält es für zielführend, mit der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft ins Gespräch zu kommen.

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen informiert, dass die Auswahl des Amtsleiters des Jugendamtes getroffen wurde. Wenn das Einverständnis von ihm vorliegt, würde er noch vor der Sommerpause mit der Bestellung in die nächste Sitzung des Haupt- und Personalausschusses kommen. In seinem jetzigen Arbeitsverhältnis hat er eine Kündigungsfrist von einem halben Jahr und derjenige muss sich im Jugendhilfeausschuss ebenfalls vorstellen. Daher wird es eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses geben.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales merkt an, dass der Termin am 20.06.2018 stattfindet.

13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras schließt die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses um 20:17 Uhr.

Dessau-Roßlau, 06.09.18

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Christopher Hillmer
Schriftführer